ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kantzenbach, Erhard

Article — Digitized Version

Für eine konzertierte Aktion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kantzenbach, Erhard (1991) : Für eine konzertierte Aktion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 2, pp. 54-55

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136720

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Für eine konzertierte Aktion

Erhard Kantzenbach

Es ist schon erstaunlich, daß die gleiche Regierungskoalition, die bei der wirtschaftlichen und staatlichen Vereinigung Deutschlands ein so hohes Maß an Weitsicht und Entschlußkraft gezeigt hat, nun bei der wirtschaftlichen Integration der neuen Bundesländer und deren Finanzierung eine schlüssige Konzeption vermissen läßt. Es war zunächst einmal ein grundlegender Fehler, daß sich der Bundeskanzler zu einem Zeitpunkt, zu dem die finanziellen Belastungen überhaupt noch nicht abschätzbar waren, darauf festgelegt hat, den Vereinigungsprozeß ohne Steuererhöhungen durchzuführen. Sieht man einmal von wahltaktischen Überlegungen ab, so konnte eine Begründung nur darin liegen, durch diese Selbstbindung den politischen Druck zur Beschränkung anderer Staatsausgaben zu verstärken.

Gerade in diesem Punkt aber hat die neue und alte Regierungskoalition bisher versagt. Von den 35 Mrd. DM, die im Bundeshaushalt eingespart werden sollten, um die Neuverschuldung des Bundes auf 70 Mrd. DM begrenzen zu können, stellen nur 14,2 Mrd. DM echte Einsparungen dar, davon 7,6 Mrd. DM im Verteidigungshaushalt. Weitere 18,2 Mrd. DM kommen nur dadurch zustande, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte angehoben wurden und der Zuschußbedarf aus dem Bundeshaushalt um die entsprechenden Mehreinnahmen gesenkt werden konnte. Ökonomisch wirkt die Beitragserhöhung wie eine zusätzliche Steuer auf den Einsatz von Arbeitskräften, und das kann weder allokationspolitisch noch verteilungspolitisch gewollt sein. Darüber hinaus ist es höchst zweifelhaft, ob diese Einsparungen überhaupt ausgereicht hätten, um die öffentliche Verschuldung auf das gerade noch vertretbare Ausmaß zu beschränken – auch wenn es nicht zum Ausbruch des Golfkrieges gekommen wäre.

Der Produktions- und Beschäftigungseinbruch in den ostdeutschen Bundesländern ist größer als erwartet. Dementsprechend stieg der Bedarf an Leistungstransfers aus dem Westen. Auch heute noch sind die Prognosen der zukünftigen Entwicklung mit einem hohen Maß an Unsicherheit belastet. Je länger aber der Wendepunkt in der Entwicklung auf sich warten läßt, desto mehr leistungsbereite Spitzenkräfte werden in den Westen abwandern und desto schlechter werden im Osten die Wachstumsvoraussetzungen. Deshalb sind weitere massive staatliche Ausgaben jetzt vordringlich – für den Ausbau des Verkehrssystems, für den Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung und zur Unterstützung privater Investitionen. Alles dies fordert mehr als nur Geld, aber ohne Geld geht es nicht.

Der Golfkrieg stellt weitere finanzielle Anforderungen an uns. Wenn schon Deutsche nicht unmittelbar an den Kampfhandlungen beteiligt sind, so sollten sie wenigstens an der Finanzierung des Krieges beteiligt werden. Dieser Forderung unserer NATO-Partner ist kaum zu widersprechen. Über den Kapitalmarkt allein sind die erforderlichen Mittel nicht mehr aufzubringen, jedenfalls nicht ohne gravierende konjunktur- und wachstumspolitische Risiken. In erster Linie ist auch in diesem Zusammenhang wieder die Forderung nach einem Abbau staatlicher Subventionen und Steuervergünstigungen zu stellen. Damit ließen sich nicht nur erhebliche finanzielle Einsparungen erzielen; gleichzeitig könnten auch Ineffizienzen und Leistungshemmnisse abgebaut werden, die den Wachstumsprozeß behindern. Die bisherigen Erfahrungen lassen al-

lerdings an der politischen Durchsetzbarkeit dieser von Ökonomen immer wieder gestellten Forderung zweifeln.

Der Golfkrieg gibt der Bundesregierung aber auch die Gelegenheit, ohne Gesichtsverlust von ihrer bisherigen Haushaltspolitik abzurücken. Der Bundeskanzler hat bereits Steuererhöhungen angekündigt. Jetzt kommt es darauf an, sie ökonomisch sinnvoll zu gestalten. Die Erhöhung der Mineralölsteuer wäre ein ökonomisch sinnvoller Ansatz. Ob sie auch EG-verträglich wäre, ist allerdings zweifelhaft. Eine Anhebung um 30 Pfennige pro Liter, also etwa um 50%, würde ungefähr 20 Mrd. DM in die Bundeskasse fließen lassen. Neben der Einnahmenerzielung würde gleichzeitig damit ein Beitrag zur Entwicklung einer effizienten Wirtschaftsstruktur geleistet. Der Verkehr insgesamt trägt vermutlich bei weitem nicht seine vollen volkswirtschaftlichen Kosten. Dies gilt besonders für den Kraftverkehr mit seiner hohen Umweltbelastung. Auch die Überfüllung der Straßen könnte durch eine kräftige Erhöhung der Mineralölsteuer verringert werden. Entscheidend ist, daß der tatsächliche Gebrauch des Kraftwagens besteuert wird und nicht sein bloßer Besitz. Deshalb war der Vorschlag der jährlichen Autobahngebühr verfehlt.

Vor einer Erhöhung der Mehrwertsteuer ist dagegen zu warnen. In der gegenwärtigen Konjunktursituation würde sie größtenteils mit den Preisen überwälzt werden. Sie träfe damit die unteren Einkommensgruppen überproportional, auch diejenigen in den ostdeutschen Ländern. Die Folge wären vermutlich neue Lohnforderungen und damit die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale. Bliebe also nur die Erhöhung der Einkommensteuer – am besten in Form eines zeitlich begrenzten, proportionalen Zuschlags zur Steuerschuld. Ein Zuschlag von 10% für alle Steuerzahler würde annähernd 28 Mrd. DM einbringen, und zwar zu je 42,5% für den Bund und die Länder und zu 15% für die Gemeinden.

In der Begeisterung für die sich abzeichnende Wiedervereinigungsmöglichkeit vor einem Jahr wäre ein solcher Solidaritätsbeitrag vermutlich auf breite Zustimmung gestoßen. Auch konjunkturpolitisch wäre er unschädlich gewesen, denn die Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung in Ost- und Westdeutschland waren optimistisch und die Gewinne, nicht zuletzt aufgrund des Nachfrageimpulses aus dem Osten, mehr als befriedigend. Heute, bei deutlich schlechteren Weltkonjunkturaussichten wirkt ein Steuerzuschlag möglicherweise dämpfend auf die Investitionsneigung. Aber eine überzeugende Alternative ist nicht zu sehen. Die gegenwärtige Situation verlangt nach einer energischen und umfassenden einkommenspolitischen Initiative der Regierung auf der Grundlage einer überzeugenden, konsistenten Konzeption.

Die jetzt in den westlichen Bundesländern vorgetragenen Lohnforderungen gehen über den Produktivitätszuwachs hinaus und sind deshalb konjunktur- und wachstumspolitisch nicht vertretbar. Schlimmer aber noch ist, daß sie den Abbau des Einkommensgefälles zwischen den östlichen und den westlichen Bundesländern erschweren und verzögern werden. Die Schließung dieser Schere, jedenfalls in bezug auf die hochqualifizierten, leistungsbereiten und mobilen Arbeitskräfte ist aber vordringlich, wenn die neuen Bundesländer nicht ausbluten sollen.

Andererseits ist es nur zu verständlich, daß die Gewerkschaften in einer Situation hoher Gewinne und nach einer Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die eher die Bezieher höherer Einkommen begünstigten, nicht länger warten wollen. Eine Mäßigung der Lohnforderungen aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung wird man von ihnen nur erwarten können, wenn diese nicht zu einer weiteren Verringerung der Lohnquote im Westen führt, sondern einen wirksamen Beitrag bildet zur Angleichung der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse im Osten. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen ist Aufgabe der Bundesregierung. Ein Mittel dazu könnte der vorgeschlagene Zuschlag zur Einkommensteuer sein, der naturgemäß die hohen Einkommen und damit vor allem die Gewinne überproportional belastet. Das Mehraufkommen stünde zur Unterstützung der ostdeutschen Wirtschaft und als Finanzbeitrag für den Golfkrieg zur Verfügung.

Diese Lösung kann sich aber nicht spontan herausbilden. Sie bedarf einer Einladung der Bundesregierung an den „Tisch der kollektiven Vernunft", wie Schiller die konzertierte Aktion einmal nannte. Die Einigung der Sozialpartner wird nicht leicht sein, aber lohnend ist ein Versuch auf jeden Fall.